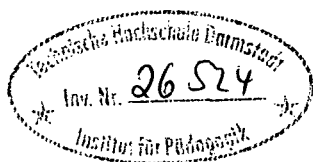


Reinhart Koselleck

Preußen zwischen Reform und Revolution

Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale
Bewegung von 1791 bis 1848



Klett-Cotta

Inhalt

Einleitung Fragestellungen, Methoden, Quellen	13
---	----

Erstes Kapitel

Das Allgemeine Landrecht und seine politische Auswirkung bis in den Vormärz

I Die einheitstiftende Kraft des Landrechts und ihre Grenzen	23
Der naturrechtliche Entwurf eines gesamten Staatsrechts und ständisches Herkommen (23). Subsidiäres, aber allgemeines Recht, die Spannung zwischen besonderen Rechten und poten- tiellem Recht, Provinzrecht gegen Staatsrecht (35). Die Heraus- forderung der Verwaltung (48).	
II Ständische Gesellschaft und Staatsbürgerschaft	52
Einwohner – Untertan – Bürger – Wirtschaftsbürger – Staats- bürger, die Angleichung und Ausweitung ihrer Bestimmungen (52). Familie, Hausvater und Hausbesitzer (62). Verstaat- lichung der Stände und Klassenschichtung (70).	
III Adel und eximiertes Bürgertum bis 1848	78
Wirtschaftliche, soziale und politische Stellung des Adels und seine Öffnung zum oberen Bürgertum (78). Abstufung des Bür- gerstandes und eximierte Gerichtsstände (87). Militär- und Ehrenschutzgesetze (94). Steuerprivilegien und Konnobium (103). Zweiteilung des Bürgertums durch den Beamtenstand (114).	
IV Die abgestufte Staatsunmittelbarkeit innerhalb der unteren Stände um 1800	116
Wirtschaftsverwaltung und landrechtliches Herkommen, Fabri- kanten und Zünfte, Exemtionen und Rechtsprechung, Staats- unmittelbarkeit der wachsenden Armut (116). Bewahrung der ländlichen Sozial- und Herrschaftsordnung, ihre Reformbe- dürftigkeit und Grenzen der Verwaltungsmacht auf dem Lande (134).	
V Das Landrecht und die Umriss der künftigen Gesellschafts- ordnung	143

Zweites Kapitel

Der Verwaltungsstaat

- I Die Wende zur Zukunft 153
Verfassungsplanung gegen landrechtliche Ordnung und die Trennung von Verwaltung und Justiz, die Spannung zwischen Planung und Gesetz, Verheißung und Erfüllung.
- II Der Vorrang der Verwaltungsreform und ihre Auswirkung auf die Verfassungsplanung 1807—1815 163
Priorität und Gesetzmäßigkeit der neuen Regierungsverfassung, die Herausforderung der Finanznot und Dringlichkeitsstufen der Reformgesetze (163). Ständische Hilfe, kollegiale Behördenverfassung, aber Scheitern ständischer Teilhabe, Stand als Partei (170). Der Neuansatz Hardenbergs, Trennung von Repräsentation und Administration, erzwungene Liberalisierung und ständischer Widerstand (185). Das Gendarmerieedikt als Kernstück der Verwaltungsreform und Verfassungsplanung, dagegen Organisation des Adels, der Bürger und der Bauern (195). Wettlauf um die Priorität der Verfassungsplanung, Lähmung der Nationalrepräsentation und Hardenbergs Verfassungsversprechen zur Absicherung der liberalen Reformen (204).
- III Der Behördenausbau von 1815 bis 1825 als verfassungspolitische Vorleistung 217
Verwaltungsfreiheit und Übergangszeit (217). Der verfassungspolitische Rang der Oberpräsidenten, Staat und provinzielle Gesellschaft (220). Die Regierungskollegien als Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft, generelle Verwaltung und regionale Traditionsbestände, Rösselsprungverfahren (237). Zusammensetzung und Verantwortlichkeit der Regierungskollegien, ihre bürokratische Straffung 1825 (245). Die Regierungen als Exekutive, als Konsultative, als Gericht und als Repräsentanten der Verwalteten (254). Behördenordnung und Übergangsverfassung (259). Die verfassungspolitische Stellung des Staatsrates während seiner Entstehung und im 'Vormärz' (264). Die Bedeutung des Kanzleramtes und seines Entfalls (276). Die Behörden als Steuerungsorgan des sozialen Verfassungswandels, die Beamtenschaft als erster Stand des Staates (279).

- IV Ständische Hindernisse einer Gesamtverfassung 284
 Vollendete Behördenorganisation und unfertige Konstitution, Dialektik des Verfassungsversprechens (284). Verschiedene Verfassungswünsche in Ost und West verhindern ihre gemeinsame Erfüllung, Ministerrundreise von 1817 und Aufschlüsselung der Fragebögen, berufsständische Gliederung und ambivalente Öffentlichkeit (289). Provinzielle Organisation der alten Stände (305). Die liberale Wirtschaftsreform als Hindernis einer liberalen Konstitution, stadtbürgerliche Vorbehalte und Ohnmacht der Bauern (318). Stellung der Gläubiger, Staatsschuld und deren Einfluß auf die Verfassungsplanung, dauerhaftes Provisorium, aber Entfremdung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft (325).

Drittes Kapitel

Verwaltung und soziale Bewegung

- I Der Beamtenstand und die Entfaltung der Provinzstände . . . 337
 Die Neubildung politischer Stände und Dosierung ihrer Rechte zur Absicherung der Beamtenherrschaft, wachsender Widerspruch zwischen Wirtschaftsentwicklung und Standespolitik (337). Ansteigende Forderungen der unteren Stände, schließlich nach einer Konstitution (360). Der Aufstand der Flügelprovinzen und Parteibildung auf regionaler Basis, neue Fronten auf dem Vereinigten Landtag (366). Institutionalisiertes Mißtrauen zwischen Behörden und Ständen, Lähmung der Legislative (379). Anteil der Beamten in den Landtagen, Wahlsteuerungen (385). Schleichender Wandel der verfassungspolitischen Funktion des Beamtenstandes, Marx' Kritik an Hegels Standesbegriffen (388). Parteipolitische Neuorientierung der Beamtenschaft und die Wahlergebnisse von 1848 als Sieg der landrechtlich eximierten Bürger (392).
- II Gesinnungskontrolle, Autoritätsschwund und soziale Gewichtsverschiebung der Bürokratie 398
 Geist der Technizität der Verwaltung (398). Die Zurückdrängung der gebildeten Staatsstände in administrative Abhängigkeit (404). Der Prozeß der Zensur und die erfolglose Wende von der Gesinnungskontrolle zu einem ständisch gestaffelten Gesinnungszwang (415). Die Verschiebung der sozialen Gewichte zwischen Adel, Beamtenschaft und aufsteigendem Wirtschaftsbürgertum, Ergebnisse der Bildungspolitik (433).

III Die Kreisverfassung als ritterschaftliche Schotte zwischen Regierung und Bevölkerung	448
Das Scheitern der Kreisreform vor 1820 (448). Die Verringerung der Gendarmerie, deren Unzulänglichkeit und der Rekurs auf altständische Gewalten (460). Die den unteren Ständen aufgezwungene Kreisverfassung von 1825—1828, ihre steigende Diskrepanz zur sozialen Entwicklung verhindert die Ansätze zur Selbstverwaltung (463). Das Landratsamt als Monopol des Adels, Wahlpraktiken und Verschärfung ständischer Unterschiede gegenläufig zur Liberalisierung des Bodenmarktes, die Reaktion nach 1849 als Sieg des Ritterstandes (476).	
IV Der Wandel der ländlichen Sozialverfassung und seine politische Wirkung	487
Die Einführung eines freien Boden- und Arbeitsmarktes und der Vorsprung der Ritterschaft durch die Entschädigungsordnung (487). Die Generalkommissionen als Schöpfer neuen sozialen Rechts (493). Die neue Besitzverteilung und Entstehung des Landproletariates (498). Mittelbarer und unmittelbarer Adelsschutz innerhalb des Ritterstandes und dessen wirtschaftliche Absicherung (507). Die Steuerlasten und ihre gesellschaftlichen Folgen (525). Die regionalen Gerichts- und Polizeiverfassungen und ihre zunehmende Unangemessenheit zur sozialen Bewegung (540). Der Überhang altständischer Rechte und die Entstehung einer außerständischen Gesellschaft im Schutz und auf Kosten der Beamtenherrschaft (555).	
V Der Weg von der Städte- und Gewerbereform zur bürgerlichen Revolution	560
Vereinheitlichung und Verstaatlichung des Stadtbürgerstandes (560). Erziehung zur Selbstverwaltung (564). Die legalisierte Spannung zwischen Beamten- und Städteordnung (568). Das Kompromißgesetz von 1831 und die regionalen Sonderregelungen städtischer Selbstverwaltung (574). Die Städteordnungen als Plattform der Verfassungsbewegung (582). Schwund überparteilicher Wirtschaftspolitik (586). Erzwangene Gewerbefreiheit und stadtbürgerliche Widerstände, Entschädigungslasten (588). Die allgemeine Gewerbeordnung von 1845, Mittelstandsschutz und Arbeiterkontrolle (597). Unternehmerfreundliche Gewerbesteuer (600). Generelle Entschädigungsordnung und wirtschaftsrechtlicher Ausgleich zwischen Ost, Mitte und West (602). Die Wirkungen der Gewerbepolitik auf das Handwerk (605) und die anwachsende Fabrik-	

arbeiterschaft (608). Die staatliche Steuerung im Bergbau, Verkehr und technischen Erziehungswesen und durch Musterbetriebe der Seehandlung (609). Die Wende zur bürgerlichen Selbstentfaltung und der Eisenbahnbau im Schnittpunkt der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen (615). Die soziale Kehrseite der liberalen Wirtschaftspolitik, immer schärfer hervortretend, fördert die Revolution, aber hemmt ihren Erfolg (620).

Exkurse, Anhänge, Quellen und Literatur, Register

Exkurs I	
über die langsame Einschränkung körperlicher Züchtigung . . .	641
Exkurs II	
zu den Begriffen des Einwohners, Mitglieds, Untertans und Staatsbürgers im ALR	660
Exkurs III	
über die Verwaltungsberichte zwischen 1807 und 1848 . . .	663
Anhang I	
Rittergüter und adlige Besitzeinheiten vor der Reform . . .	672
Anhang II	
Patrimonialjustiz und Rittergutsbesitz	674
Anhang III	
Standeserhöhungen zwischen 1790 und 1848	676
Anhang IV	
Anteil des Adels und der Bürger an der Provinzverwaltung .	680
Anhang V	
Anteil der Beamten in den Landtagen	691
Anhang VI	
Anteil der Beamten und bürgerlichen Rittergutsbesitzer im Vereinigten Landtag, sowie die regionalen Abstimmungsergebnisse der Vinckeschen Verfassungspetition	694
Anhang VII	
Aufschlüsselung von Dietericis Statistik der Fabrikarbeiter und Fabrikherren 1848	697
Abkürzungen, Quellen und Literatur	702
Personenregister	726
Sach- und Ortsregister	733